



dbb Hessen · Europa-Allee 103 · 60486 Frankfurt a. M.

An
Landeshauptvorstand
Unmittelbare Mitgliedsgewerkschaften
Mittelbare Mitgliedsgewerkschaften
Justiziere nachr.

6. Juni 2019

Umfrage zu Gewalt gegen Beschäftigte im öffentlichen Dienst

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

wie bekannt, ist die Bekämpfung von Gewalt gegen Beschäftigte im öffentlichen Dienst ein Schwerpunktthema des dbb Hessen.

Wir vertreten die Auffassung, dass man diesem Phänomen nur durch ein Zusammenwirken aller relevanten Institutionen und Personen wirksam begegnen kann.

Hierzu haben wir ein sog. „Lebenslagenmodell“ entwickelt, das ihnen ebenfalls bekannt sein dürfte.

Einer unserer zentralen Kritikpunkte ist, dass wir bislang nur über ein sehr eingeschränktes Lagebild verfügen, das nur die Fälle aus der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) erfasst, bei denen Vollzugsbeamte oder Rettungskräfte Opfer wurden und in denen auch tatsächlich eine Strafanzeige erstattet wurde.

Alle anderen Fälle, bei denen die Bediensteten in allen anderen Verwaltungsbereichen Opfer wurden, werden bislang statistisch nicht gesondert erfasst, selbst dann nicht, wenn eine Strafanzeige erstattet wurde.

D. h., wir sprechen über ein Phänomen, dessen Größenordnung wir zahlenmäßig nicht einmal näherungsweise kennen.

Auch aus vielen anderen Gründen (bspw. geringe Anzeigequote) müssen wir von einem großen Dunkelfeld ausgehen.

Der Dienstherr bzw. die Politik lassen nach wie vor keine Bemühungen erkennen, an diesem Missstand zeitnah und wirksam etwas zu verändern.

Zwar gibt es im Koalitionsvertrag von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eine Passage, die man so deuten könnte, als beabsichtige man künftig eine Erfassung aller angezeigten Fälle in der PKS.

Aber selbst wenn dies politisch ernsthaft verfolgt werden und technisch aussagekräftig möglich sein sollte, so würde ein erstes belastbares Ergebnis wohl noch (zu) lange auf sich warten lassen.

dbb beamtenbund und tarifunion – Landesbund Hessen e.V.

Europa-Allee 103 (Praedium) • Telefon: 069 281780 • Internet: www.dbbhessen.de • Landesvorsitzender: Heini Schmitt
60486 Frankfurt am Main • Telefax: 069 282946 • E-Mail: mail@dbbhessen.de • Vereinsregister Amtsgericht Ffm.: VR 4192

Deshalb hat sich die Landesleitung des dbb Hessen entschlossen, eine eigene Online-Umfrage unter wissenschaftlicher Begleitung auf den Weg zu bringen.

Zu diesem Zweck habe ich am 17. Mai ein Gespräch mit Frau Prof. Dr. Britta Bannenberg, Professur für Kriminologie, Justus-Liebig-Universität Gießen, Fachbereich Rechtswissenschaft, geführt. Frau Prof. Dr. Bannenberg hat großes Interesse an dieser Thematik und steht für eine Zusammenarbeit zur Verfügung. Sie würde die wissenschaftliche Begleitung und Auswertung übernehmen.

Die beste Alternative zur Durchführung einer solchen Umfrage wäre sicher die, dass die Ressortleitungen auf der dienstlichen Ebene unsere Umfrage transportieren und die Teilnahme der Beschäftigten aktiv befördern würden.

Dabei ist jedoch zu befürchten, dass nicht alle Ressorts unvoreingenommen und tatkräftig unterstützen würden. Außerdem würde eine solche Vorgehensweise erheblich länger dauern und wäre mit erheblich (ca. dreifach) höheren Kosten verbunden.

Deshalb haben wir uns für die zweite Alternative entschieden, die wie folgt funktionieren würde:

Wir entwerfen mit Frau Prof. Dr. Bannenberg einen Online-Fragebogen mit Erläuterungen, den Sie den Mitgliedern ihrer Fachgewerkschaft per Mail weiterleiten. In dieser Mail befindet sich ein Link, über den das Einzelmitglied online zum Fragebogen gelangt. Das Mitglied füllt den Fragebogen anonym aus, drückt am Ende auf den Schalter „Absenden“ und der ausgefüllte Fragebogen landet direkt bei der wissenschaftlichen Auswertestelle.

Die Weiterleitung per Mail garantiert eine schnelle Verfügbarkeit und Anonymität, weil die Daten (Mails) nicht bei der Universität eingehen. Die Antwort per Link enthält keine persönlichen Daten.

Die Aktion soll unmittelbar nach der Sommerpause beginnen, die Befragungszeit soll auf vier bis max. sechs Wochen beschränkt werden.

Ihre tatkräftige Unterstützung vorausgesetzt, könnten wir auf diese Weise bereits bis zum Jahresende 2019 ein Auswertungsergebnis vorliegen haben, das unter wissenschaftlicher Bewertung der Öffentlichkeit präsentiert werden kann.

Die Kosten für die wissenschaftliche Begleitung belaufen sich auf ca. 15.000,- €, die vom dbb Hessen übernommen werden. **Für Sie als Einzelgewerkschaft entstehen keine Kosten.**

An diesem Beispiel mögen Sie erneut erkennen, wie hilfreich es ist, dass Sie jüngst einer deutlichen Erhöhung der Mitgliedsbeiträge zugestimmt haben. Ohne diese Solidarität wären wir als dbb Hessen nicht in der Lage, eine solche Umfrageaktion durchzuführen.

Die Umfrage sowie deren Ergebnisse könnten in mehrfacher Hinsicht genutzt werden, so z. B. um

- **die Öffentlichkeit erneut mit dem Phänomen zu konfrontieren und einen Appell für mehr Respekt im Umgang mit den Beschäftigten zu platzieren**
- **den Druck auf die Politik und die Dienstherren/Arbeitgeber erneut zu erhöhen**
- **vielfältige Einzelergebnisse in unsere Bekämpfungsstrategie einfließen zu lassen**

- als Basis für weitere Untersuchungen zu dienen
- von ihnen gegenüber ihren Mitgliedern als diejenigen wahrgenommen zu werden, die sich wirklich „kümmern“ (Platzierung durchaus auch im Personalratswahlkampf)
- ...

Worin sollte ihr Beitrag bestehen?

1.)

Wir werden Sie nach der Sommerpause bitten, den Fragebogen möglichst an alle ihre Mitglieder per Mail weiterzuleiten mit der Bitte, sich an der Umfrage zu beteiligen. Wenn Sie nur über eine dienstliche Mailadresse einzelner Mitglieder verfügen, können diese Mitglieder die Mail von dort auf einen internetfähigen Privatrechner weiterleiten und dann den Fragebogen bearbeiten.

2.)

Außerdem bitten wir Sie, uns im Verlauf der nächsten Wochen (bis Ende Oktober 2019) folgende Daten mitzuteilen:

- **Mitgliederstruktur (Geschlecht, Alter, Beamte, Arbeitnehmer)**
- **ausgeübte/s Tätigkeit/Berufsfeld**
- **Behörden/Dienststellenstruktur**
- **Zahl der Beschäftigten/Mitglieder in der jeweiligen Dienststelle.**

Wir vertrauen dabei auf ihre Unterstützung, denn nur die Einzelgewerkschaften können legitim über private bzw. dienstlich-persönliche Mailadressen ihrer einzelnen Mitglieder verfügen und nur ihnen sind die Strukturdaten bekannt.

Ich würde mich sehr freuen, wenn Sie auch bei dieser Aktion erneut intensiv mit uns zusammenarbeiten im Interesse unseres gemeinsamen Ziels, nämlich die Beschäftigten künftig besser vor gewaltsamen Übergriffen zu schützen.

Mit den besten Grüßen



Landesvorsitzender